

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Jörn Felbier
Ausschussmitglied Byrte Janßen

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Howard Jacques
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied WBV-Fraktion

Ausschussmitglied Katja Breuer

es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Björn Heinisch
Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ausschussmitglied Jasmin Tegge

als Gast

Helga Weinstock

von der Verwaltung

Jens Stoffers	Erster Stadtrat
Jens Müll	Referatsleiter 4
Gerd-Dieter Mönck	Fachbereichsleiter Personalservice
Ulrich Dierkes	Fachbereichsleiter SDW
Ellen Seehausen	Gleichstellungsbeauftragte
Julia Muth	Pressesprecherin
Dagmar Rieken	Protokollführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 09.11.2015
- 4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**

Angelegenheiten von Beamten
 - 4.1 Beförderung – Stephan Schulze **13/2016**
 - 4.2 Beförderung – Michael Becher **14/2016**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 LOB - Leistungsorientierte Bezahlung
 - 5.2 Personalentwicklung
 - 5.3 Arbeitszeit

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Jacques eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Als Gäste des Ausschusses begrüßte **Herr Jacques** die neue Pressesprecherin Frau Muth sowie den Fachbereichsleiter der Datenverarbeitung Herrn Dierkes.

Frau Muth stellte sich vor und berichtete kurz über ihre bisher 4-wöchige Einsatzzeit bei der Stadt. Sie nehme an der Sitzung teil, weil sie die Ausschussarbeit des Rates kennenlernen wolle. Sie möchte sehen, mit welchen Themen sich der PDG beschäftige. Ferner sei es ihr wichtig, die Personen kennenzulernen. Daraus ergeben sich eventuelle Anknüpfungspunkte für ihre Tätigkeit. Die Ausschussmitglieder nahmen Kenntnis.

Aufgrund der organisatorischen Veränderung sei der Eigenbetrieb ab 01.01.2016 nunmehr Fachbereich 16 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven (SDW)“. Zuständig für entsprechende Beschlussvorlagen aus diesem Bereich ist aktuell der neu benannte Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen. Der Leiter dieses Fachbereichs **Herr Dierkes** stellte anhand einer PowerPoint Präsentation die Städtische Datenverwaltung vor. Er berichtete über Zahlen, Daten und Fakten sowie über die Organisationsstruktur und die Aufgaben der Datenverwaltung. Aufgrund von Nachfragen erläuterte er das „Ticketsystem“ und gab nähere Angaben zu der unbesetzten Stelle der „Abteilungsleitung“.

Herr Jacques bedankte sich für die Ausführungen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 09.11.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 09.11.2015 wurde bei einer Stimmenthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**

Angelegenheiten von Beamten

4.1 Beförderung – Stephan Schulze

13/2016

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Brandinspektor Stephan Schulze, Fachbereich Feuerwehr, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Brandoberinspektor zu ernennen.

4.2 Beförderung – Michael Becher

14/2016

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

-

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Brandinspektor Michael Becher, Fachbereich Feuerwehr, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Brandoberinspektor zu ernennen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 LOB - Leistungsorientierte Bezahlung

Herr Jacques bat die Verwaltung um den Sachstand hinsichtlich der Einführung einer „Leistungsorientierten Bezahlung (LOB)“ nach TVöD bei der Stadtverwaltung. Frau Breuer habe sich vor geraumer Zeit bereits im Ausschuss erkundigt und wundere sich darüber, dass dieses Thema noch nicht umgesetzt worden sei.

Herr Mönck beschrieb nochmals kurz die Entwicklung zur LOB (siehe auch PGL-Protokoll Nr. 2 vom 24.02.2014 Pkt. 4.2). Ziel der Tarifparteien sei es gewesen, durch LOB die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern und andererseits die Motivation, Eigenverantwortung und Führungskompetenz der MitarbeiterInnen weiter zu stärken. Zurzeit liege die LOB bei 2 % der jährlichen Monatsentgelte der städtischen Beschäftigten (ca. 600.000 € jährlich), die an Beschäftigte des Kernhaushaltes, GGS und TBW ausgezahlt werden könnte. Die notwendige Dienstvereinbarung sei noch nicht zustande gekommen. Aus diesem Grunde würde zurzeit nur ein Basisbetrag an die Mitarbeiter ausgeschüttet. Der Differenzbetrag (ca. jährlich 400.000 €) ginge in die Rückstellung. Dreh- und Angelpunkt sei die fehlende Dienstvereinbarung. Möglichkeiten eines Regelwerkes seien entweder das Abschließen einer Zielvereinbarung mit jedem einzelnen Mitarbeiter oder einer systematischen Leistungsbeurteilung. Eine Dienstvereinbarung abzuschließen, die nach einem sogenannten „Gießkannenprinzip“ ausschütete, sei rechtswidrig.

Herr Mönck bestätigte abschließend, dass die Verwaltung weiter an diesem Thema arbeiten und nochmals auf den Personalrat zugehe müsse, um eine Dienstvereinbarung zu entwickeln. Ansonsten gäbe es keine Möglichkeit, das Geld an die Beschäftigten auszuzahlen.

Herr Dierkes berichtete über Erfahrungen mit LOB bei seinem ehemaligen Arbeitgeber. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der systematischen Leistungsbewertung habe er als Führungskraft LOB schließlich als „hochmotivierend“ wahrgenommen. Bei den wenigen Anerkennungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst seien die Mitarbeiter sehr glücklich gewesen zum Jahresende einen Betrag in Höhe von 300 € bis 1500 € zusätzlich zu erhalten. Er könne dafür nur werben und positive Erfahrungen kundtun.

Frau Breuer bestätigte ebenfalls, dass nach dem Aufwand der Erstellung einer Dienstvereinbarung bei der Bundeswehr, LOB als nennenswertes Instrument gesehen wurde. Motivation sowie Freude seien durch diese Anerkennung offensichtlich.

Nach weiteren Diskussionen stellten die Ausschussmitglieder fest, dass endlich Bewegung in diese Aufgabe kommen müsse. Die Politik wolle sich dafür einsetzen, dass die MitarbeiterInnen zu ihrem Recht kommen. Die Verwaltung wird vorab noch einmal ein Gespräch mit dem Personalrat suchen.

5.2 Personalentwicklung

Herr Müll berichtet über den laufenden Prozess der Personalentwicklung. Die Verwaltung habe einen Leitfaden entwickelt, der in kurzer Zeit veröffentlicht werden würde. Hier enthalten seien unter anderem Seminarangebote für MitarbeiterInnen, die das „Führen von Personal“ betreffen. Berücksichtigt seien dabei auch neue Themen aufgrund von „Flüchtlingsarbeit“ in Form von interkulturellen Qualifikationen. Des Weiteren biete die Stadt wieder einen Angestelltenlehrgang II an. Die Ausschreibung erfolgt in nächster Zeit. Zusätzlich wäre auch ein „Refreshing für Führungskräfte“ geplant, die vor einiger Zeit die Führungskräftequalifizierung durchlaufen haben.

Weiter führte **Herr Müll** aus, dass auch für die MitarbeiterInnen aus dem mittleren Dienst sowie für den gewerblichen Bereich Schulungen bzw. Seminare aufbereitet werden würden um eine Fortbildung am Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Abschließend berichtete **Herr Müll** über die aktuell laufende Führungsnachwuchsqualifizierung.

Die Ausschussmitglieder nahmen Kenntnis und **Herr Felbier** bat darum, diesen Leitfaden dem Protokoll anzufügen.

5.3 Arbeitszeit

Herr Jacques bat die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zur „Arbeitszeiterfassung“. **Herr Müll** führte aus, dass er und Herr Stoffers Ende letzten Jahres ein gutes Gespräch mit dem Personalrat geführt hätten. Hieraus seien noch einige Fragestellungen aufgetreten. Man habe die Thematik in zwei Bereiche aufgeteilt. Einmal handle es sich um die elektronische Zeitdatenerfassung und der andere Punkt sei die zu neu zu regelnde Dienstvereinbarung, die zeitgemäß angepasst werden müsste. **Herr Müll** berichtete nochmals über die Vorteile der elektronischen Zeiterfassung. Diese Art von Zeiterfassung wäre wesentlich praktischer. Zeitguthaben zum Jahresende wären sofort feststellbar und könnten mit den Restjahresurlaubsansprüchen haushaltstechnisch in die Rückstellung gebracht werden. Auch der einzelne Mitarbeiter könnte jederzeit seine Urlaubsansprüche und sein Arbeitszeitkonto abrufen.

Herr Müll berichtete auch aus anderen Verwaltungen über die zunächst bestandenen Vorbehalte und den anschließenden erfolgreichen Ergebnissen bei der Einführung der Zeiterfassung. **Herr Jacques** trug ähnliche positive Erfahrungen vor. Nach kurzer Diskussion baten die Ausschussmitglieder über eine regelmäßige Bekanntgabe der Fortschritte.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:00 Uhr

gez.

gez.

gez.

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Howard Jacques
Ausschussvorsitzender

Dagmar Rieken
Protokollführerin